

Acta diurna - Michael Klonovsky

Sämtliche Texte in diesem Diarium geben ausschließlich private Meinungen des Autors wieder bzw. schildern Ereignisse aus dessen ganz privater Sicht. Der Verfasser repräsentiert weder ein Medium noch einen Verlag noch eine Partei, sondern einzig und allein sich selbst.

- **27. August 2018**

"Grabt in der Vergangenheit eines Schriftstellers, vor allem eines Dichters, prüft genau die Komponenten seiner geistigen Biographie, und ihr werdet stets irgendwelche reaktionären Prämissen finden... Bedingung der Poesie ist das Gedächtnis, das Gewesene ihre Substanz. Und was behauptet die Reaktion anderes als den überragenden Wert des Vergangenen?"
Cioran, "Über das reaktionäre Denken"

Als die Kerkermeister des Temple Ludwig XVI. ein Rasiermesser verweigerten, sagte ihm ein treuer Diener: "Majestät, treten Sie mit diesem langen Bart vor den Nationalkonvent, damit das Volk sieht, wie sie behandelt werden." Der König erwiderte: "Ich darf nicht versuchen, Teilnahme an meinem Schicksal zu erregen."

Hamburg sei "bereit für eine muslimische Bürgermeisterin", [verkündet](#) Ole von Beust, der einstige Oberbürgermeister der Stadt. Deshalb unterstütze er die Entscheidung der Hamburger CDU-Führung, Aygül Özkan als Spitzenkandidatin für die Bürgerschaftswahl 2020 zu nominieren. Seine Begründung lässt an Kompetenzfixierung wenig zu wünschen übrig: "Mein Gott, ich bin schwul, und die Menschen haben mich gewählt. Und eine Frau, die es geschafft hat, ist doch ein gutes Symbol."

Wäre die CDU noch eine konservative Partei, müsste man jetzt konstatieren, dass da einer in die Falle der *Identity politics* getappt ist. Denn was könnte nebensächlicher sein als die Tatsache, dass ein Politiker männlich, weiblich, muslimisch, hinduistisch, atheistisch, schwul oder stockschwul ist? Sind das nicht samt und sonders Privatangelegenheiten wenn nicht gar Konstrukte, die niemanden etwas angehen? – zumindest bis die *Bunte* zur Home-Story bei denjenigen anreist, die sich einen Imagezuwachs davon versprechen, dass die Leser des

Blödenblattes Privates von ihnen erfahren? Warum sollte Hamburg für eine Muslimin "bereit" sein und nicht eher z.B. für eine Expertin?

Nun, ein Blick auf die Bundesregierung verrät, dass die Verbindung von Amt und Expertise im einstigen Land der Denker und Ingenieure kein zentrales Kriterium mehr darstellt. Auch der Herr Wowereit war ein zweitklassiger Bürgermeister, aber nicht, weil er schwul ist, und er ist öffentlich auf diesem Ticket gefahren, weil er ahnte, dass er damit bei den Medien besser ankommen und seine Kritisierbarkeit einschränken werde. Das ist aber nicht unser Thema, sondern Frau Özkan. Die CDU-Politikerin ist die Tochter eines Gastarbeiters, in Deutschland geboren, nahm mit 18 die deutsche Staatsbürgerschaft an, studierte Jura bis zum zweiten Staatsexamen, ist zugelassene Rechtsanwältin, arbeitete bei T-Mobile und Postcon, trat 2004 in die CDU ein, wurde 2010 als erste Muslimin Ministerin, nämlich für Frauen und "Gedöns" (Gerhard Schröder) in Niedersachsen etc. pp. Soweit alles normal. Es gibt weder einen Grund, besonders hervorzuheben noch sich darüber zu echauffieren, dass eine Muslimin Bürgermeisterin werden soll. Sie erfüllt alle formellen Kriterien. Und dass sie daheim zweisprachig und "bikulturell" lebt, ist erstens ihre Sache und sieht zweitens z.B. bei mir daheim nicht anders aus.

Dass gleichwohl viele derjenigen, die schon länger als die Familie Özkan hier leben, eine muslimische Kandidatin problematisch finden, hat damit zu tun, dass sie einem Moslem einen Loyalitätskonflikt unterstellen oder andichten, einen solchen jedenfalls für möglich halten, wobei solche Gedanken keineswegs aus der Luft gegriffen sind, wie zuletzt und sehr populär der Fall Özil/Gündogan vorgeführt hat, aber auch das Wahlverhalten der hier lebenden Türken zeigt. Recep der Prächtige betrachtet "seine Landsleute" in Deutschland als politische Verfügungsmasse, er ermuntert sie, mehr Kinder zu zeugen und sich als türkische *pressure group* und Staat im Staate zu etablieren. Özkans Berufung wurde in der Türkei aufmerksam und positiv registriert. Der türkische Außenpolitiker Yaşar Yakış erklärte, sie zeige den in Deutschland lebenden Türken, dass sie es bis in höchste Positionen schaffen könnten. Zu welchen Zwecken? Viele Biodeutsche fürchten so etwas wie eine schleichende feindliche Übernahme. Wie das Szenario dafür ausschauen könnte, hat Michel Houellebecq in seinem Roman "Unterwerfung" beschrieben. Dass man eine plurale, freie, demokratisch verfasste Gesellschaft über Wahlen erobern und abschaffen kann, haben die Nazis exemplarisch vorgeführt. Wie der Blick in Länder mit muslimischer Mehrheit zeigt, sind sie für Nichtmuslime, also für Anders- oder gar Ungläubige, nicht besonders attraktiv, sie müssten also verrückt sein, solche Zustände herzustellen. (Klar, man könnte konvertieren, doch wer will schon in einen Verein wechseln, wo er befürchten muss, auf Maas, Augstein, Hofreiter und Göring-Eckardt zu treffen?)

Was aber hat das mit Frau Özkan zu tun? Fairerweise muss man sagen: nichts. Wahrscheinlich nichts. Wir Deutschen sind *in historicis* Kausalitäts-Mysteriker bzw. -Narren, wir müssen uns abgewöhnen, überall Vorläufer und Wegbereiter zu vermuten, sowohl retrospektiv als auch prospektiv. Oder?

Wenn Frau Özkan der Islamisierung den Weg bereiten wollte, müsste man Spuren davon in ihrer politischen Tätigkeit finden. Als niedersächsische Ministerin riet sie den Eltern von Migrantenkindern, ihre Sprösslinge frühzeitig in die Kita schicken, damit sie dort die Sprache und die Regeln des Aufnahmelandes lernen. Das passt schon mal nicht. In einem Interview verlangte sie mehr Richter mit Migrationshintergrund, "damit die Betroffenen auch sehen, hier entscheidet nicht eine fremde Autorität, sondern wir gehören da auch zu". Gute Idee, ich bin dafür, dass hier mehr Richter mit ungarischem, vietnamesischem oder israelischem Migrationshintergrund Urteile fällen, aber dazu müssen sie, wie andere solche Hintergründigen auch, die entsprechenden Voraussetzungen vorweisen, sonst läuft das alles auf der Ebene jener sympathischen Friedensrichter, die in Neukölln und andernorts auf

unkonventionellem Wege (für uns) Fremdheitsgefühle abbauen. Aber das wird Frau Özkan wahrscheinlich nicht anders sehen.

Ausgewogen säkular mutet es an, dass die nunmehrige Bürgermeisterkandidatin vor ein paar Jahren erklärt hat, Unterrichtsräume an staatlichen Pflichtschulen sollten frei von religiösen Symbolen sein, weder Kreuze noch Kopftücher hätten in Klassenzimmern etwas zu suchen. Nach Kritik aus den eigenen Reihen – ich meine die CDU – erklärte sie, sie habe solche Vorstellungen voreilig und aus einer gewissen Unkenntnis der Verhältnisse in Niedersachsen artikuliert. (Wenn sie wirklich "voreilig" gesagt haben sollte – der Link auf Wikipedia zu ihrer damaligen Erklärung ist leider tot –, wäre das komisch, aber immerhin: keine Kopftücher. Wobei diese Äquidistanz in einem muslimischen Land schwer vorstellbar wäre und auch hierzulande immer noch ein G'schmäckle hat.)

Ins wirkliche Sündenregister der Kandidatin gehört, dass sie vor acht Jahren – wieder voreilig! – eine "Mediencharta für Niedersachsen" zu etablieren versuchte, die Journalisten zu einer "kultursensiblen" Sprache sowie zur Unterstützung sogenannter Integrationsmaßnahmen verpflichtet sollte. Sogar der Deutsche Journalistenverband und die SPD-Fraktion witterten damals Zensur – inzwischen wachsen solche Sprachregelungen, auf den Status von "Empfehlungen" gedimmt, wie Fliegenpilze aus dem Boden. Auch in diesem Fall ruderte Frau Özkan zurück.

Die Frage ist nicht, ob Hamburg "bereit" für eine muslimische Bürgermeisterin, sondern ob Frau Özkan für dieses Amt geeignet ist, was ich angesichts der zahlreichen Ungeeigneten, die hierzulande politische Ämter ausüben, nicht als latent moslemfeindliche Überdifferenzierung verstanden wissen will. Dass sie Muslimin ist, sollte dabei unwichtig sein. Es gibt ja auch Muslime in der AfD und muslimische AfD-Wähler; andererseits sind die Kanzlerin oder Frau von der Leyen oder Frau Nahles gerade keine Musliminnen. Allah wollte es so! Und sollte es sich herausstellen, dass die CDU-Kandidatin es nicht packt, können die Hamburger die Dame ja wieder abwählen.

Sein Name fiel eben: Unser Genosse Heiko Maas – er leben hoch! Hoch! Hoch! – hat sich nach dem durchschlagenden [Erfolg](#) seines politischen *Opus magnum*

<p>wohnung r mit Balkon in nur 2 km vom m entfernt. Preis n.V. n@: [REDACTED]</p> <p>3-Zimmerwohnung in ge, provisionsfrei, ab 2018 bezugsfertig. [REDACTED]</p> <p>ndstück 380m²</p>	<h2 style="text-align: center; background-color: black; color: white; padding: 5px;">ZU VERSCHENKEN</h2> <div style="border: 2px solid red; padding: 10px; margin: 10px 0;"> <p>518 Exemplare „Aufstehen statt wegducken: Eine Strategie gegen Rechts“ von H. Maas kostenlos abzugeben. Ideal zum Heizen. Nur Selbstabholung. Tel.: 0178 [REDACTED]</p> </div> <p>Abdeckplane 4m² zu verschenken. 0162 [REDACTED]</p>
--	--

sogleich in die Autorengilde eines anderen wichtigen Werkes eingereiht, in welchem er, nachdem er im Vorgängerband souverän den innenpolitischen Raum durchmaß, sich nunmehr der Außenpolitik annimmt, jenes Gebietes, auf welchem er heute global exzelliert, nachdem er zuvor als oberster Rechtspfleger in 'sland den Linksfrieden beinahe wiederhergestellt hätte.

"Der Außenminister kritisiert, Deutschland habe in der Amtszeit von Frau Merkel außen- und sicherheitspolitische Probleme nicht offen diskutiert", [schreibt](#) die *Welt*. Die Gesellschaft sei auf diesem Politikfeld "in einem diskursiven Wachkoma" gefangen gewesen. Angesichts neuer Herausforderungen müsse die Bundesregierung nun aber "den Menschen verdeutlichen, dass wir für unsere Interessen eintreten müssen". Und das bedeutet für Maas vor allem, "eine deutlichere Distanz" zu Wladimir Putin und zur russischen Politik zu wahren, bis Donald Trump endlich abgelöst ist und irgendein Neocon-gesteuerter kriegslüsterner Demokrat wieder zur Praxis des Demokratieexports zurückkehren kann.

Wie "der Westen" sich auf einen möglichen Krieg mit Russland vorbereiten muss, beschrieb der Generalstabschef der britischen Armee, General Sir Nicholas Carter, in einer [Rede](#) am Royal United Services Institute (man hat dort offenbar sehr altmodische Vorstellungen davon, wer der Feind ist).

Dona nobis pacem. Anders gesagt: Gott schütze Donald Trump!

"Der Beitrag Bismarcks und des Reiches zur Weltpolitik bestand darin, zu versichern, dass sämtliche Konfliktzonen, in denen unruhige Nationen Kampfsport trieben, für Deutschland uninteressant seien. Bismarck kam nie auf den Gedanken, Deutschland würde am Hindukusch, in Bulgarien, im Vorderen Orient oder im Pazifik verteidigt. (...)

Die beiden Westmächte hofften zwischen 1853 und 1856 – erstmals auch ideologisch als ‚der Westen‘ auftretend –, das ‚Reich der Finsternis‘, also Rußland, zu ‚balkanisieren‘, also in Mittelstaaten aufzulösen. (...)

Wertegemeinschaften sind stets die aggressivsten Vereinigungen, weil sie sich verpflichtet fühlen, gegen Wertlose und deren Unwerte zu kämpfen. ... Zu den großen Verdiensten Bismarcks gehört es, nach den Erfahrungen des Krimkrieges und jener ‚wertvollen‘ Politik, die Europa in ziemliche Verwirrungen gestürzt hatte, eine aufgeregte Welt wieder zur Ordnung gerufen und ihr Deutschland als Ordnungsmacht empfohlen zu haben, deren Existenz von der Ruhe in Europa abhing."

Eberhard Straub, Kaiser Wilhelm II. in der Politik seiner Zeit, S. 248 ff.

- **26. August 2018**

Nach einer dem üblichen Muster folgenden Auseinandersetzung mit finalem Messereinsatz und einem toten sowie zwei schwerverletzten Einheimischen – der Fall ist noch nicht aufgeklärt, aber ich nehme über die Täter gern Wetten an – spitzt sich die Lage in Chemnitz zu. Zumindest die achtbaren Sachsen scheinen nicht gewillt zu sein, nach den immer neuen Proben der Tranchierkünste unserer Neumitbürger klaglos die Toten zu begraben, die Verletzten zu versorgen und das Blut wegzuwischen. Hunderte zogen mit "Wir sind das Volk!"-Rufen durch die Straßen, nachdem ein Stadtfest wegen der Bluttat abgebrochen werden musste. Die Medienberichte folgen ebenfalls dem üblichen Muster und richten sich wie stets pauschal gegen die eigenen Landsleute – also die Einheimischen, der Genosse Journalist kennt ja keinen Landsmann mehr, und für importierte Kriminelle hat er allzeit Verständnis, sofern sie nicht gerade in seinem Vorgarten Schutz suchen. *Spiegel online* [meldet](#) den "Tod" eines 35jährigen unter der Schlagzeile "Rechte marschieren in Chemnitz auf"; man muss ja Prioritäten setzen. "Antifaschistische Aktivisten berichten in sozialen Medien von Übergriffen auf Migranten", heißt es prioritäteskalierend weiter; anscheinend halten die antifaschistischen Aktivisten in der *Spiegel*-Redaktion ihre twitternden Milchbrüder für eine seriöse Quelle. Die Stadtverwaltung zeigte sich, wie die *Zeit* kundtat, "besorgt über die spontanen Demonstrationen" – und nicht etwa über die Messerfolklore, die sie ausgelöst hat.

Merke(!): Die Linken "demonstrieren", die Rechten "marschieren". Linke "rufen" Parolen, Rechte "brüllen" oder "grölen" sie. Rechte werfen Flaschen auf Polizisten, während von links "Steine fliegen". Rechte "machen Jagd", Linke "blockieren" oder "rangeln". Und unsere importierten Messerstecher geraten in einen "Streit", wobei "es" zu Toten, meist aber bloß Verletzten kommt.

Dem Betrachter bleiben die notorischen Danisch-Fragen: Wer kauft so etwas? Wer wählt so was? Wer glaubt denen noch etwas?

PS: Die Bundesregierung verurteilt die Zustände, die sie selber heraufbeschworen hat, [hier](#).

"Das Fehlverhalten der Polizei in Dresden hat den Ruf des braunen Sachsen wieder aufleben lassen", [meint](#) wiederum der *Süddeutsche Beobachter*, täglich neu bestrebt, der schwindsüchtigen taz den Rang als führender "linker Dachschadensanzeiger" (Wolfgang Röhl) abzulaufen, zur Misshandlung eines ZDF-Kamerateams auf einer Pegida-Demonstration in Dresden, indem es durch braune Beamte eine halbe Stunde lang am Drehen gehindert wurde, ein Zwischenfall, zu dem sich sogar Kanzlerin und Justizministerin geäußert haben und der medial ca. zehnmal mehr Resonanz fand als alle Gemesserten der Woche zusammen, weil keineswegs bloß Leib und Leben von Einzelfällen, sondern die Pressefreiheit – also die Freiheit von Millionen nach wahren und qualitativ hochwertig übermittelten Informationen lechzenden Bürgern – bedroht war.

Nahezu unbeachtet ließen die Wahrheitsmedien indes die Hausdurchsuchung, welche die Berliner Polizei bei dem Schriftsteller Hanjo Lehmann veranstaltete. Lehmann war auf zahlreiche Ungereimtheiten und unglaubwürdige Angaben im Lebenslauf der Senatssprecherin und Leiterin des Berliner Informationsamtes Claudia Sünder gestoßen und hatte seine Erkenntnisse öffentlich gemacht. Die SPD-Frau erstattete Anzeige wegen Beleidigung, doch bevor überhaupt ein Zivilgericht über die Zulässigkeit von Lehmanns Aussagen urteilen konnte, stand die Polizei frühmorgens vor der Tür des lästigen Rechercheurs, um seine sämtlichen Computer und sogar sein Händi zu beschlagnahmen (siehe Acta vom 4. August und vor allem [hier](#)).

Mit den Worten des *Süddeutschen Beobachters*: Das Fehlverhalten der Berliner Polizei hat den Ruf der Nazimetropole wieder aufleben lassen.

Am Rande: Die Berichterstattung um das kurzzeitig propagandaunfähig gemachte ZDF-Team hat ein hierzulande schon länger geltendes Mediengesetz bestätigt, welches da lautet: Straftäter genießen Persönlichkeitsschutz und müssen gepixelt werden, wenn die Polizei Fahndungsfots von linksextremen Gewalttätern veröffentlicht, ist das "bedenklich", aber wer bei Pegida mitläuft, hat jedes Recht am eigenen Bild verwirkt und jede Art Pranger verdient.

"In Deutschland halten sich derzeit rund 700.000 abgelehnte Asylbewerber auf. Wie aus eine Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der AfD hervorgeht, lebten ausweislich des Ausländerzentralregisters Ende Juni 689.970 Personen in Deutschland, 'deren Asylantrag rechts- oder bestandskräftig abgelehnt wurde'. Darunter befanden sich 81.450 Türken, 75.643 Afghanen, 70.932 Kosovaren und 51.975 Serben. Aber auch 17.290 Mazedonier, 14.214 Albaner, 12.258 Polen und 7.140 Rumänen.

Ebenfalls geht aus der Antwort hervor, daß monatlich etwa 100 Personen nach Deutschland einreisen, obwohl sie mit einer Wiedereinreisesperre belegt sind. So waren dies laut Bundespolizei im Mai 101 Personen, im April 96, im März 119 und im Februar 126 Personen. Nach Angaben des Ausländerzentralregisters hielten sich Ende Juni 6.723 Personen in Deutschland auf, obwohl eine Wiedereinreisesperre gegen sie bestand. 714 von ihnen waren sogar trotz der Wiedereinreisesperre seit dem 1. Januar 2015 erneut nach Deutschland eingereist.

Zudem lebten hierzulande 34.089 Ausländer, die – nachdem ihr Asylantrag rechtskräftig abgelehnt worden war – die Bundesrepublik verlassen hatten, dann seit dem 1. Januar 2015 aber wieder nach Deutschland eingereist waren."

Das [meldet](#) die *Junge Freiheit*. Die Kollegen von der Lückenpresse haben nahezu lückenlos darauf verzichtet, diese Nachricht zu verbreiten. Stattdessen [lesen](#) wir im eben erwähnten *Beobachter*: "99 Prozent der Migranten genießen zu Recht Schutz in Deutschland." Genossen, das eine Prozent schaffen wir auch noch!

Ich überlasse es Ihnen, geneigter Leser, die beiden Nachrichten gegeneinander abzuwägen.

"Sehr geehrter Herr Klonovsky,
wie Sie sehen, dringen Ihre Texte dank moderner Informationstechnik bis in den letzten Winkel Afrikas. Wir leben bereits in dritter Generation als Farmer in Namibia. Bezugnehmend auf Ihren Text vom 24. August möchte ich Sie gerne darauf hinweisen, daß bei einer Gesamtbevölkerung von etwa 2,5 Millionen Menschen der in Namibia ansässige Anteil europäischer Nachkommen immerhin noch bei ca. 80 bis 100.000 Einwohnern liegt. Diese Zahl ist in den letzten zwanzig Jahren mehr oder weniger stabil geblieben. Der deutschsprachige Anteil liegt bei etwa 15 bis 20.000 .

Als Nachbarn machen auch wir uns zunehmend Sorgen. Namibias Wirtschaft im Besonderen, aber auch die aller anderen Nachbarländer sind auf Gedeih und Verderb direkt an das politische Schicksal Südafrikas gekoppelt. Sollte es zum großen Knall kommen, wie immer dieser sich auch äußern mag, gerät das gesamte südliche Afrika gnadenlos in diesen Strudel. Die sogenannte Landfrage wird auch in Namibia nach wie vor politisch instrumentalisiert. Politisch motivierte Agressionen gegen Weiße sind hier Gott sei Dank die Ausnahme (noch).

Wir hoffen und beten, dass es in Südafrika doch nicht soweit kommt, wie es an die Wand geschrieben steht.

Wir sind Ihnen und anderen alternativen Medien sehr dankbar, dass wenigstens sie den sich (hoffentlich nicht) anbahnenden Genozid thematisieren.

Ich verbleibe mit freundlichen Grüßen

Windhoek
Namibia"